



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die preußischen Kammern und die orientalische Frage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

daß die tüchtigsten Vorsteher der modernen Industrieinstitute wie umsichtige Speculanten, so auch einsichtsvolle Magistratsräthe und tapfere Bürgerwehroffiziere sind, tapfer wenigstens vorläufig im Angriffe auf Braten und Glasche; allein der größte Theil der Actionäre spielt lieber den Hunderttausendhalermillionär und läßt sich Herr Baron nennen, angelt und jagt nach Hasen und Ordensbändern und überläßt die Arbeit getrost den Geranten, den Buchhaltern, Werkmeistern, Proletariern und Maschinen.

Die preussischen Kammern und die orientalische Frage.

Durch den Antrag auf eine Creditbewilligung von 30 Millionen ist den preussischen Kammern die wichtigste Entscheidung seit ihrem Bestehen in die Hand gelegt. Es ist nicht zu verwundern, wenn das gesammte deutsche Volk mit einer ängstlichen Unruhe dieser Entscheidung entgegensteht, denn die Art, wie die Kammern bisher in der großen europäischen Frage vorgegangen sind — zuerst ihr langes Schweigen, das selbst im englischen Parlament mit halber Ironie gelobt wurde, dann die ganz sonderbare Interpellation — hat über ihren eigentlichen Willen keine Aufklärung gegeben.

Die Rechte, welche der Wortlaut der Verfassung wie die thatsächlichen Verhältnisse den Kammern gaben, waren so gering, daß man wol die Frage aufwerfen konnte, ob sie für die großen Opfer entschädigten. Wir haben uns für sie nur insofern interessirt, als wir in ihnen eine Bildungsschule für die politische Mündigkeit des Volks sahen und ein Mittel, in kritischen Augenblicken dem allgemeinen Willen einen Ausdruck, der conservativsten aller Kräfte eine Form zu geben. Jetzt scheint der Augenblick gekommen, wo die preussischen Kammern für die wenig beneidenswerthe Rolle, die sie seit fünf Jahren nothgedrungen gespielt, entschädigt werden sollen; denn die erwartete Krisis ist eingetreten, früher, als man es vermuthet hatte. Desto mehr mußte ihre Zurückhaltung überraschen. In jener Interpellation war geoffentlich die größere Tragweite der Ereignisse aus den Augen gerückt; ja man hatte sich soweit herabgestimmt, die in der Jahreszeit liegenden Beschäftigungen und den Eindruck, den das Erscheinen der verbündeten Flotten in der Ostsee auf dieselben machen muß, in Rechnung zu bringen. Man hat der Regierung ein bei der allgemein bekannten Sachlage überraschendes Vertrauen gezeigt, und man hat es dem Haupt derselben leicht gemacht, in seiner bekannten scherzhaften Weise zu erwidern: „man könne in dieser Beziehung unbesorgt sein, die Engländer führten keine bösen Absichten gegen Preußen im Schilde, sie würden die Geschäfte nicht stören.“ Der Beifall, der diesen Scherzen sogar von der Linken gespendet wurde, mußte uns völlig außer Fassung setzen.

Was die Opposition durch diese Diplomatie zu gewinnen gedenkt, ist uns nicht bekannt. Auf alle Fälle steht es in keinem Verhältnisse zu dem, was sie dadurch verliert: das Vertrauen der Gebildeten im Volk, die einzige Grundlage, auf die sie sich stützen kann. Das Volk wird irre, und die Gegner werden nicht gewonnen. Die Kreuzzeitung, die in der orientalischen Frage die Regierung so lebhaft befehdete, erklärt jetzt, nachdem diese sich befehrt hat, daß nach constitutionellen Grundsätzen die auswärtigen Angelegenheiten gar nicht vor das Forum der Kammer gehören, daß über Krieg und Frieden der Souverän unbeschränkte Gewalt haben muß. Sie predigt unbedingte Unterwerfung unter den Willen der Regierung, weil diese jetzt will, was sie selber will; ja sie entblödet sich nicht, die Fahne des Patriotismus quand-même aufzupflanzen.

Man darf auf constitutionelle Grundsätze nur soweit Gewicht legen, als sie der Natur der Thatsachen entsprechen. Ist unserer Zeit werden nur diejenigen Kriege mit Aussicht auf Erfolg unternommen, welche die moralische Theilnahme der Nation für sich haben. Unter den gegenwärtigen kriegsführenden Mächten sind Rußland, Frankreich und die Pforte gewiß keine constitutionellen Staaten; dennoch zögern die Herrscher dieser Staaten keinen Augenblick, an das Urtheil ihrer Völker zu appelliren und ihnen über ihr Verhalten Rechenschaft zu geben: theils durch die Presse, theils vermittelt derjenigen politischen Corporationen, die bei ihnen noch existiren. In allen drei Ländern ist der Krieg wirklich ein nationaler, das Volk geht mit der Regierung Hand in Hand, ja es drängt sie mit dem ganzen Gewicht einer formlosen Masse vorwärts. Preußen hat noch ein viel näher liegendes Interesse. Bei England und Frankreich ist es nicht im Bereich der Wahrscheinlichkeit, daß sie den Krieg innerhalb ihrer Grenzen haben werden; bei Deutschland ist das Gegentheil anzunehmen. Und es scheint uns eine viel wichtigere und eindringlichere innere Frage zu sein, ob unsere Felder verwüstet, unsere Städte zerstört, unser Geschäftsbetrieb unterdrückt, unsere Staatseinrichtungen durch äußere Gewalt an der Wurzel angegriffen werden, als die Frage, ob ein Jude Schulze werden kann, ob ein neues Schulhaus von der Kirchen- oder von der Landgemeinde gebaut werden soll u. s. w. Wenn man einen Credit von 30 Millionen bewilligen soll, einem Ministerium, welches in der Dmüßer Zeit die gleiche Summe ausgegeben, so muß man wissen, wofür.

Die Opposition hat schon früher zweimal in sehr ernstesten Augenblicken keinen Anstand genommen, ihre moralische Einwirkung auf die Führung der auswärtigen Angelegenheiten auszuüben, im April 1849 und im December 1850. Und wenn in beiden Fällen ihre Einwirkung erfolglos blieb, so lag das darin, daß es damals der preussischen Regierung freistand, freilich mit Gefährdung ihres Credits, rückwärts zu gehen, was ja der Starke in der Regel thun soll. Damals konnte die Regierung darauf rechnen, durch unbedingte Hinnahme alles dessen, was man ihr bot, der Eventualität einer Entscheidung zu entgehen. So steht die Sache

aber nicht mehr, ein Rückwärtsgehen ist nicht möglich, denn rechts und links stehen kampfgelüste Mächte: will man der einen entgehen, so stößt man auf die Bajonette der andern. Man wird sich also entscheiden müssen, und die letzte Geschichte Preußens läßt befürchten, daß diese Entscheidung nicht von der Magime des Rechts oder des Staatswohls, sondern von dem reinen Zufall abhängen wird. Wie alle aufstrebenden und unfertigen Staaten, wenn sie nicht durch einen genialen Geist geleitet werden, hat Preußen im Laufe dieses Jahrhunderts die bedenkliche Neigung entwickelt, nie Partei zu ergreifen, sondern sich seine „souveräne“ Willensmeinung vorzubehalten, in der Ueberzeugung, im kritischen Augenblick ein entscheidendes Gewicht in die Wagschale zu werfen. Es liegt dieser Politik der Bahn zu Grunde, die Ereignisse würden den Gedankengang eines Unschlüssigen abwarten, jener Bahn, durch den Preußen im Jahre 1806 der schmachvollsten Erniedrigung anheimfiel. In der Stimmung, die jetzt in Preußen herrscht, liegt nur zu viel, was an jenes unglückliche Jahr erinnert, derselbe Uebermuth der Unentschlossenheit, der sich freut, das Spiel in den Händen zu haben, so lange er sich nicht entscheidet, derselbe Stolz auf historische Reminiscenzen, die doch nur Werth haben, wenn sie in lebendiger Gegenwart fortdauern, dieselbe höhere Weisheit, die alle Ereignisse aus der Vogelperspective betrachtet und deshalb alle falsch sieht. Aber damals konnte man nur die Regierung wegen ihrer Irrthümer anschuldigen, nicht das Volk, dem die Möglichkeit, sich auszusprechen versagt war. Diesmal wird man das Volk von der Regierung nicht unterscheiden.

Die Politik des gegenwärtigen Ministeriums ist eine Politik der Umstände, die nicht durch ein großes Princip getragen, sondern durch zufällige Einwirkungen bestimmt wird und die daher rathlos hin und her taumelt, bis sie der Drang der Ereignisse gewaltsam mit sich fortreißt. Und dieser rathlosen Verwaltung steht eine entschlossene und rücksichtslose Partei gegenüber, die sehr genau weiß, was sie will, die sehr umsichtig und besonnen zu Werke geht, die keine Mittel scheut, um ihre Zwecke zu erreichen. Gegen eine solche Partei ist es fruchtlos, kleine Intriguen spielen zu lassen, um die eine oder die andre Person von Einfluß zu gewinnen. In diesen Intriguen ist unsre Partei, Gott sei Dank, nicht zu Hause; sie kann nur durch sittlichen Ernst wirken. Wenn der souveränen Willkür eine große, sittliche und stark ausgeprägte Ueberzeugung gegenübertritt, eine opferbereite und unerschütterliche Ueberzeugung, eine Ueberzeugung, von der die ganze Nation ergriffen wird — welche Form des Staatsmechanismus könnte die wohlthätige Einwirkung dieser sittlichen Macht aufwiegen? Die Form, in der die Opposition zuerst aufgetreten ist, dürfte nicht geeignet sein, jene Achtung einzusößen, die man der starken, warmen Ueberzeugung nie versagt, die aber keine Stätte findet, wo kleine Mittel sich an kleinen Mitteln reiben.

Wichtiger noch ist die Einwirkung nach der andren Seite hin. Die öffentliche Meinung hat bis jetzt nur darum noch keine Macht, weil das Volk die

Sachlage nicht klar durchschaut, weil es den Ernst des Augenblicks wenigstens nicht in seiner Phantasie gegenwärtig hat. Seit sechs Jahren sind wir durch den fortwährenden Wechsel der Erwartungen, durch die fortwährende Auflösung von Illusionen so ermüdet und abgespannt geworden, daß uns auch das Unerhörte kalt läßt, weil wir niemals wirklich daran glauben, es könne Ernst werden. Die orientalische Frage spielt nun schon ein Jahr hindurch, man erkannte auch die Schwierigkeiten derselben sehr wohl heraus, aber man war fest davon überzeugt, in dieser abgeschwächten Zeit werde niemand den Muth haben, einen Entschluß zu fassen. Nun haben sich die Thatfachen mächtiger erwiesen, als die feige Klugheit der Menschen, und es gibt vielleicht auch in Deutschland niemand, der in seinem Verstande die Größe des Moments zu leugnen wagte; aber diese Verstandsüberzeugung hat sich noch nicht der Phantasie eingeprägt, und erst durch diese Vermittlung gewinnt die öffentliche Meinung eine feste, achtungsgebietende Gestalt.

Mit wie kindischen Redensarten man diese Phantasie zu beschäftigen sucht, zeigt am besten die Behauptung, es sei ein Krieg zwischen den Gläubigen und Ungläubigen. Es ist vielmehr ein Streit zwischen der abendländischen und der morgenländischen Kirche innerhalb des türkischen Gebiets. Der russische Kaiser bekriegt die Türken angeblich deshalb, weil sie die morgenländische Kirche nicht gegen die abendländische begünstigen. Die Türkei ist, was den Rechtsgrund betrifft, nur der leidende Schauplatz des Streites, die streitenden Parteien dagegen sind die beiden Kirchen. Wenn wir also nur auf das rechtliche Motiv des Kampfes eingehen, so ist es vollkommen in der Ordnung, daß alle Angehörigen der abendländischen Kirchen, der katholischen und der protestantischen sich gegen den Chef der morgenländischen vereinigen, der ihre Rechte in der Türkei schmälern will.

Allerdings gibt diese Streitfrage nur den Namen her. Jener Schutz der morgenländischen Kirche ist nur der Vorwand, unter dem sich Rußland der Türkei bemächtigen will. Man fragt uns nun, was wir Preußen für ein Interesse daran haben können, ob die Türkei russisch wird oder nicht, da wir an den orientalischen Zuständen nicht im entferntesten theilhaftig sind? Ja selbst wohlmeinende und patriotische Männer sind der Ansicht, Preußen müsse neutral bleiben und seine Theilnahme von der bestimmten Aussicht eines Gewinns abhängig machen. Es liegt darin ein doppelter Irrthum. Zwar ist es vollkommen richtig, daß Preußen bei einem Kriege am meisten exponirt ist und daß für den Fall eines Sieges sich für diesen Staat am schwersten eine angemessene Landentschädigung finden wird, während im Fall einer Niederlage starke Verluste nicht abzuwenden sind. Allein diese sehr gewichtigen Reflexionen können Preußen doch nur bestimmen, nicht eher an dem Kriege theil zu nehmen, als bis es die sichersten Garantien hat, von seinen Bundesgenossen nicht im Stiche gelassen zu werden. Daß aber für den Fall eines Zusammengehens von England, Frankreich, Preußen

und Oestreich, um von der Türkei, Sardinien, Belgien u. s. w. gar nicht zu reden, an eine Niederlage der verbündeten Mächte nicht zu denken ist, dafür ist es wol nicht erst nöthig, Beweismittel anzuführen.

Aber grade Preußen hat an dem Kriege gegen Rußland das nächste Interesse. Wenn sich Preußen als europäische Großmacht, ja nur als selbstständiger Staat behaupten wollte, so mußte es auf die Länge unvermeidlich zu einem Kriege mit Rußland kommen. Die politische Conjunction, die es Jahrelang in seinen schweren, nothvollen Anstrengungen herbeiwünschen mußte, wird ihm unerwartet von freien Stücken geboten, und es wäre eine ans Unglaubliche grenzende Verblendung, wenn es diese Gunst des Augenblicks nicht freudig benutzen wollte.

Lord Russell hat mit einer unter Staatsmännern allerdings ungewöhnlichen Freimüthigkeit und Bestimmtheit ausgesprochen, daß Preußen bis jetzt in größerer Abhängigkeit von Rußland gestanden habe, als es zu wünschen wäre. Es ist von officiöser Seite zwar dieser Behauptung mit der angemessenen sittlichen Entrüstung widersprochen worden, allein eigentlich hat Lord Russell nichts Neues erzählt. Den letzten Schatten eines Zweifels mußten die letzten Ereignisse wegnehmen. Daß sich in Preußen in den höchsten Circeln eine Partei findet, die, weil sie in dem Kaiser von Rußland das Haupt und die Stütze der Conservativen sieht, die Interessen ihres eignen Staates den russischen Interessen nachsetzt, daß die Entwürfe der Armeemobilisirung, daß selbst die preußischen Gesandtschaftsberichte an Rußland verrathen werden können, das deutet ein Verhältniß an, für welches der Ausdruck Abhängigkeit noch ein viel zu glimpflicher ist. Allein diese Abhängigkeit beruht noch auf andern Gründen, als auf der Existenz einer fanatischen Partei, als auf den alten Traditionen und verwandtschaftlichen Verbindungen, sie beruht auf der gegenseitigen Lage der beiden Staaten. Es ist nicht die Persönlichkeit des Kaisers Nikolaus, die den russischen Staat zu der doppelten Politik veranlaßt, Preußen unter dem Vorgeben der gemeinsamen conservativen Interessen in seinen Dienst zu ziehen und Preußens Kraft für alle größeren Unternehmungen zu lähmen. Die Vernichtung der ostpreußischen Industrie und des ostpreußischen Handels durch den strengen Abschluß der russischen Grenzen, die Unterstützung Dänemarks gegen Preußen, die Warschauer Conferenz, auf die Ollmütz mit Nothwendigkeit folgte, das alles sind nicht Acte einer willkürlichen Politik, sie gehören zum Wesen des russischen Staats, der einerseits in Deutschland ebenso herrschen muß, wie in der Türkei, und der andererseits die deutsche Cultur so fern als möglich von sich zu halten hat. Es ist das unabweisbare Schicksal des russischen Reichs wie ehemals des römischen, durch allmälige Abschwächung aller Nachbarstaaten fortwährend zu wachsen. Die Bildung eines unabhängigen deutschen Staats wäre der Todesstoß für seine Politik, und es weiß sehr wohl, daß nur Preußen im Stande ist, einen solchen Staat ins Leben zu rufen. Darum muß ihm alles daran gelegen

sein, nicht bloß in Fällen, wo seine eignen Interessen unmittelbar in's Spiel kommen, sondern überhaupt Preußens Emporstreben auf jede Weise zu hintertreiben, ihm in Oestreich, in den kleinen deutschen Staaten, in Dänemark u. s. w. Feinde zu bereiten und dann die Miene eines strengen, aber doch wohlgefunnten Beschützers anzunehmen. Jetzt ist der Augenblick gekommen, diese Nothwendigkeit zu brechen. Zum ersten Male in der Geschichte hat die russische Politik einen übereilten Schritt gethan, und es bedarf nur einer starken und entschlossenen Hand, um ihr jenes traurige Schicksal, durch fortdauernde Vergrößerung endlich zur innerlichen Auflösung zu schreiten, auf ewige Zeit zu ersparen. Geht aber dieser Augenblick unbenuzt vorüber, so wird er nicht wieder kommen.

Daß auf die Länge die Neutralität der deutschen Staaten unmöglich wird, darüber täuscht sich wol niemand. Der Friede kann nicht im Orient, aber auch nicht durch einen Seekrieg in der Ostsee entschieden werden. Zwar wird Rußland in beiden Fällen unzweifelhaft den Kürzeren ziehen, aber wenn auch seine Kraft für den Angriffskrieg lange nicht so hoch zu schätzen ist, als man es gewöhnlich thut, so ist seine Macht des Widerstandes sehr bedeutend. Nur ein Massenzug kann Rußland zu einem solchen Frieden zwingen, wie Europa ihn bedarf. Dem Anschein nach gibt dieser Umstand Preußen eine sehr günstige Lage, denn ohne die Mitwirkung dieser Macht können die Verbündeten ihre letzten Zwecke nicht erreichen. Aber in diesem scheinbaren Vortheil liegt auch eine große Gefahr, denn Frankreich und England kann unmöglich zulassen, daß eine so günstig situierte, mit starken Streitkräften versehene Monarchie wie Preußen zwischen ihnen und Rußland bleibt, ohne sich fest zu binden. Vielleicht werden sie ein augenblickliches actives Mitwirken von Preußen ebensowenig fordern, als von Oestreich; aber was sie fordern werden, weil sie es fordern müssen, ist ein definitiver Vertrag, in welchem Oestreich und Preußen ihren moralischen Beistand auf eine unzweideutige Weise der von ihnen selbst für gerecht erkannten Sache zusichern. Ein solcher Vertrag wäre nur darum noch etwas Anderes, als eine directe Kriegserklärung gegen Rußland, weil möglicherweise der Kaiser von Rußland dadurch veranlaßt werden könnte, noch im letzten Augenblicke von seinen Ansprüchen zurückzutreten, er hätte noch den andern Vortheil, daß durch dieses mildere Vorgehen die beiden deutschen Staaten ihre alten Traditionen schonten.

Was wird nun England und Frankreich thun, wenn ihnen ein solcher Vertrag verweigert wird, wie es jetzt in Aussicht steht? Von ihrem Unternehmen gegen Rußland abstecken werden sie nicht, weil sie es nicht können. Sie werden also auch in dem Fall, daß Oestreich, Preußen und die deutschen Staaten zusammenhalten, zu Zwangsmaßregeln gegen diese Staaten vorschreiten. Die Mittel haben sie durch die Insurgirung der Polen und Italiener, vielleicht der Ungarn, durch die Blockade der Häfen an der Ostsee, Nordsee und dem adriatischen Meer, und durch die Besetzung der Rheinprovinzen vollkommen in den Händen.

Es würde daraus ein Krieg entstehen, wie er in der Weltgeschichte noch gar nicht erhört ist, ein Krieg, der lediglich in Deutschland spielte, und seine Cultur schneller und dauernder verwüstete, als der dreißigjährige Krieg, ein Krieg, in dem alle wilden Elemente, die bisher gefesselt waren, sich wieder lösen würden, ein Krieg, in dem wir die Schmach hätten, für eine Sache gemißbraucht zu werden, die wir selber verwerfen. Es steht noch mehr auf dem Spiel, als selbst die Existenz des preussischen Staats. — Und wenn es nun doch noch möglich wäre, daß Oesterreich wieder auf die Bahn einlenkte, die es schon betreten hat! Wenn es im Verein mit den sämmtlichen civilisirten Staaten Preußen bekämpfte! Welch ein Ausgang für einen ruhmgekrönten Staat, in dem bisher ganz Europa den geborenen Vorseher der deutschen Unabhängigkeit angesehen hat!

Eine zweite Eventualität. Der Krieg wird eine Zeitlang in Deutschland und auf Kosten Deutschlands ohne entscheidenden Ausgang geführt, Rußland und Frankreich werden müde, sie fragen beieinander vielleicht ohne Vorwissen Englands an, wie man den unseligen Streit austragen könne. Kann der Ausgang zweifelhaft sein, wenn man sich an den Tilster Frieden erinnert?

Nach der Mission des Fürsten von Hohenzollern und des Grafen Gröben und nach den damit zusammenhängenden Schritten steht eine ernste und energische Drohung von Seiten Englands und Frankreichs nahe bevor, und es ist voranzusehen, daß die Kreuzzeitungspartei diesen Moment benutzen wird, um die preussische Ehre anzustacheln und den Staat zu einem verhängnißvollen Entschluß zu treiben.

Unter diesen Umständen kann die Aufklärung, welche der Minister über die preussische Politik gibt, nicht befriedigen. Er verspricht Neutralität, zeigt aber nicht, wie diese möglich ist; er stellt sich vom Rechtsstandpunkte auf Seite der Westmächte, vergißt aber die Eventualität, durch den Drang der Umstände auf die unrechte Seite getrieben zu werden. Er verspricht Oesterreich den preussischen Schutz, vergißt aber zu sagen, gegen welchen Feind. Er drängt den großen, ernstesten Moment in kleinliche Betrachtungen zusammen. — Eine solche Politik bietet keine Sicherheit, sie ist unvereinbar mit Preußens Bedeutung, verhängnißvoll für das Wohl des ganzen Volks; wer sich dabei, auch nur passiv theiligt, nimmt alle Verantwortung der Folgen mit auf sich.